

März 2017

POSITIONSPAPIER – MEHR FREIER MARKT STATT STAATLICHE MONOPOLE

Worum geht es

Üblicherweise werden private Planerunternehmungen von öffentlichen Auftraggebern damit betraut, in deren Namen intellektuelle Dienstleistungen zu erbringen. Es kommt jedoch zunehmend vor, dass die öffentliche Hand solche Dienstleistungen selber erbringt.

In beiden Fällen kommen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Kosten für Planerleistungen auf. Aber während private Planerunternehmungen spezifische Dienstleistungen anbieten und dem Markt ausgesetzt sind, übernehmen öffentliche Verwaltungen auch weiter gehende Aufgaben im öffentlichen Interesse, ohne dass diese im Wettbewerb zu anderen Marktteilnehmenden stehen.

Die Beteiligung öffentlicher Verwaltungen am privatwirtschaftlichen Markt ist grundsätzlich abzulehnen. Dies, weil Verwaltungen über einen anderen Aufgabenbereich und andere interne Strukturen als private Unternehmen verfügen. Dadurch entsteht die Gefahr, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stärker finanziell belastet werden, als wenn dieselbe Leistung durch private Anbieter erbracht wird. Diese ordnungspolitische Frage muss, auch im Hinblick auf die verstärkte Durchdringung des freien Marktes durch staatliche Unternehmen mit Monopolauftrag, geklärt werden.

Position der usic

Als nationale Stimme der beratenden Ingenieurunternehmungen nimmt die usic eine Vermittlerrolle zwischen Planerunternehmungen und der öffentlichen

Hand wahr. Deshalb ist die usic auch mit den Anliegen und Bedürfnissen beider Seiten vertraut. Im Grundsatz sind diese Anliegen deckungsgleich, nämlich die beste Qualität zum bestmöglichen Preis zu erbringen, um so die Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler so gering wie möglich zu halten.

Die usic anerkennt die Fähigkeit der öffentlichen Hand, Planerleistungen ebenso kompetent erbringen zu können, wie dies privatwirtschaftliche Unternehmen tun. Gleichzeitig hat die usic erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der öffentlichen Verwaltungen, Planerleistungen zu marktüblichen Preisen bieten zu können.

Während private Unternehmen für überteuerte Leistungen durch den Markt unmittelbar abgestraft werden, kann die öffentliche Hand ihrerseits diese Mehrkosten intern abwälzen oder querfinanzieren und durch die politischen Entscheidungsträger legitimieren lassen.

Im Interesse eines wirtschaftlichen Mitteleinsatzes zu Gunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fordert die usic von der Politik dafür zu sorgen, dass die öffentlichen Verwaltungen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und den Personalbestand darauf ausrichten. Ferner sollen sie einen Kostenvergleich mit der Privatwirtschaft vorzunehmen und vermehrt Planerleistungen an privatwirtschaftliche Unternehmen auslagern.

Forderungen der usic

- Die öffentliche Hand soll
 - die interne Kostentransparenz fördern, um die effektiven Vollkosten pro Arbeitsstunde zu ermitteln.
 - sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und ihren Personalbestand danach ausrichten.
 - die Honorarkosten mit denjenigen in der Privatwirtschaft üblichen Kosten vergleichen.
 - Leistungen, welche die Privatwirtschaft günstiger erbringen kann, konsequent an diese auslagern.

Kontakt:

Dr. Mario Marti, Geschäftsführer / Laurens Abu-Talib, wiss. Mitarbeiter
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen usic
Effingerstrasse 1, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 970 08 88, mario.marti@usic.ch
usic.ch bilding.ch iningenieursteckt.ch facebook.com/usic.ch @usic_ch